

<b>Zeitschrift:</b>	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	49 (1970)
<b>Heft:</b>	4
<b>Artikel:</b>	Die kommende interkantonale Schulkoordination und ihre Probleme
<b>Autor:</b>	Sutermeister, H.M.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-338235">https://doi.org/10.5169/seals-338235</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

eigentliche Arbeit des Analysierens der Beschlüsse sowie der dabei erzielten Mehrheitsverhältnisse.

### *Blick zur Konkurrenz*

Ich habe auch gelegentlich an konservativen Parteitagen teilgenommen, die im allgemeinen im gleichen Saal, aber in einer ganz veränderten Atmosphäre, eine Woche später stattfinden. Fern sei es von mir, in jedem sozialistischen Funktionär einen Geistesriesen und in jedem nichtsozialistischen Politiker einen Dummkopf zu sehen. Auch wenn man mit ihm nicht übereinstimmte, war es ein hoher Genuss, einer der Reden zu folgen, mit der *Churchill* einen konservativen Parteitag abschloss; auch *Macmillan* war ein sehr wirkungsvoller Redner. Trotzdem muss auch ein objektiver Betrachter – und ich behaupte gar nicht, hier ganz objektiv zu sein – sagen, dass bei jedem Vergleich die Sozialisten besser abschneiden. Dem Parteivorstand der Labour Party stellen die Konservativen auf der «Plattform» ihr «Schattenkabinett» entgegen, und erst wenn man die beiden Mannschaften miteinander vergleicht, ist man richtig stolz darauf, zur sozialistischen Bewegung zu gehören.

*Dr. H. M. Sutermeister*

## **Die kommende interkantonale Schulkoordination und ihre Probleme**

Seit Jahren fordern weite Kreise unserer Bevölkerung eine bessere Koordination, das heisst Angleichung unserer 25 schweizerischen Schulsysteme, weil die Binnenwanderung unserer Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunimmt. Leider wird aber ein Ortswechsel von einem Kanton zum andern meist mit einem Verlust an Schuljahren der Kinder erkauft – eine Folge der alteingesessenen kantonalen Schulhoheit! Schon 1799 in der «Helvetik» und dann wieder 1882 versuchten die Bundesräte Stapfer und Schenk ein «eidgenössisches Schulgesetz» zu entwerfen, aber immer wieder scheiterten solche Versuche am traditionellen kantonalen Föderalismus. Mit der Parole «Kampf dem eidgenössischen Schulvogt» wurden so noch in unserem Jahrhundert zentralistische Tendenzen im Schulwesen mit grosser Zähigkeit bekämpft bis dann durch 90 000 Unterschriften eben neuerdings der Bund und die Erziehungsdirektoren-Konferenz beauftragt wurden, auch diesem neuen «Willen des Volkes» Rechnung zu tragen. Man beschränkte sich wohlweislich zunächst auf äussere Organisationsprobleme, wie einheitlicher Schuljahrsbeginn, einheitliches Schuleintrittsalter und einheitliche Schulpflichtdauer, um keinen neuen «Kulturkampf» zu wecken, denn z. B. eine gleichzeitige Vereinheitlichung der Lehrmittel würde sofort konfessionelle,

weltanschauliche und politische Dispute auslösen. Aber schon die erste Frage nach einem einheitlichen Schuljahrbeginn führte zu vehementen Zeitungskampagnen, denn die Erziehungsdirektoren-Konferenz schlug hiezu unter Anpassung ans Ausland den Herbstbeginn vor. Tatsächlich beginnen die Schulen nur noch in Lichtenstein und Japan im Frühjahr! Man kann sich fragen, warum, da doch der Jahresbeginn im Frühling für einen solchen «Neuanfang» den natürlichen Rhythmus darstellt. Vermutlich hat sich der Herbstbeginn im Ausland aber gerade aus ähnlichen «naturbedingten» Gründen eingebürgert. Der Sommer ist arbeits- und leistungsphysiologisch die Zeit der optimalen körperlichen Kondition, während die Winterphase für die geistige Entwicklung günstiger ist. Gerade im September kann auch der Arzt am besten seine Ferien nehmen: Hier ist die Erkrankungsziffer am geringsten, denn alt und jung zehrt noch vom Sonnenlicht- und Vitaminvorrat des Sommers. Nicht so im Frühjahr, wo ausgerechnet im Februar – März die höchste Erkrankungsziffer zu verzeichnen ist, indem jene Licht- und Vitaminreserven aufgezehrt sind. Es ist die Zeit der körperlichen und geistigen Erschöpfung, der Grippewellen, der Psychosen und Suizide, wie schon der Pädagoge Prof. Hellpach feststellte und deshalb schon seinerzeit der Schule den Herbstbeginn empfahl. Tatsächlich muss ja der Unterricht nach den langen Sommerferien schon beim traditionellen Frühjahrsbeginn der Schule im Herbst jeweils fast neu beginnen, da das Meiste buchstäblich «verschwitzt» wurde! Trotzdem hat sich, wie wir aus der Presse hören, selbst unter den Lehrern eine «Arbeitsgruppe gegen den Herbstbeginn» gebildet, die mit allen Mitteln am Frühjahrsbeginn festhalten möchte. Angesichts der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung und der unvermeidlich kommenden europäischen Integration muss man sich aber doch fragen, ob die Erziehungsdirektoren mit ihrem Vorschlag des Herbstbeginns nicht doch recht haben.

Das zweite Problem des einheitlichen Schuleintrittsalters gibt ebenfalls, wenn auch in geringerem Masse, Anlass zu Diskussionen. Der neue Stichtag, 1. Juli, für die Vollendung des 6. Lebensjahres verlegt den Schuleintritt z. B. in Bern um ein halbes Jahr zurück. Wäre das ein Unglück? Wenn wir wieder das Ausland, oder auch nur das Welschland vergleichen, so finden wir fast überall den Schuleintritt sogar nach dem vollendeten 5. Lebensjahr. Dies heute um so mehr, als die Jugend unserer Epoche dank der sogenannten «Akzeleration» fröhreifer geworden ist. Man sieht die Ursache dieser früheren Reifung in der vermehrten Licht- und Vitaminzufuhr und in den zunehmenden Umweltreizen, vor allem im Stadtmilieu – eine Entwicklung, die wahrscheinlich noch weitergehen wird. Daher haben die welschen Kantone, Schweden, Dänemark, Holland, Hessen und ganz Osteuropa längst auch ein zweites Kindergartenjahr als «Vorschule» eingeführt – auch eine Entwicklung, die trotz vehementer Reaktionen gewisser Kreise bei uns mit der Zeit unweigerlich kommen dürfte, ob man sie nun begrüßt oder nicht.

Das dritte Problem der einheitlichen Schulpflichtdauer von 9 Jahren trifft uns dagegen im Kanton Bern nicht so wie etwa die Kantone Glarus und Schwyz, die noch immer nur eine 7jährige Schulpflicht, ja zum Teil sogar noch blosse Halbtagschulen kennen. Bei uns dagegen geht die Entwicklung sogar noch weiter in Richtung eines mindestens freiwilligen 10. Schuljahres (z.B. als Berufswahl- und Werkjahr, Frauenschule usw.), indem eben das moderne Leben mit seinen raschen Wandlungen gewissermassen eine «éducation permanente» verlangt.

Wie schwer aber nur schon diese «äusserliche» Schulkoordination sich in den einzelnen Kantonen durchsetzen lässt, zeigt das Beispiel Berns. Hier versuchte die Erziehungsdirektion den Empfehlungen der Direktorenkonferenz zu folgen und bereitete einen Dekretsentwurf vor. Aber schon die vorbereitende Kommission des Grossen Rats legte hier ihr Veto ein. Das bernische «Wait and see», diese bauernschlaue Taktik, erst die andern ihre Fehler machen zu lassen, wird sich aber hier wohl ähnlich wie beim Berufsbildungsgesetz rächen. Auch dort war es schliesslich zu spät, um noch eigene Anträge zur Geltung zu bringen, und so erlitt das bernische Berufsbildungswesen damals einen empfindlichen Rückschlag.

Noch empfindlicher wäre aber nun ein Rückschlag im Bereich der interkantonalen Schulkoordination, denn, wie kürzlich Bundespräsident *Tschudi* betonte, wollen wir hier nicht etwa eine blosse Gleichschaltung, so dass z. B. die fortschrittlichen Stadtkantone auf den Stand der Landkantone herabgedrückt würden. Vielmehr muss damit gleichzeitig eine allgemeine Schulreform verbunden werden. So hat sich schon 1966 der schweizerische Lehrerverein in vier Studiengruppen mit diesen Reformplänen auseinandergesetzt, und 1968 bildete sich die «Arbeitsgemeinschaft für interkantonale Schulkoordination» aus Vertretern der Lehrerschaft, der Wirtschaft und der Frauenverbände, die bereits mehrere Reformmodelle wie das Genfer, Aargauer, Ostschweizer Modell oder die «integrierte Gesamtschule» der *sozialdemokratischen «Albert-Steck-Gesellschaft»* entworfen hat. Auf die Kantone verteilt Schulversuche sollen nun das diesbezügliche optimale Modell herausarbeiten.

Der allgemeine Trend dieser Schulreform wurde von der Konferenz der Erziehungsdirektoren der Europaländer 1968 mit «Demokratisierung und Individualisierung» des ganzen Schulwesens angedeutet, also die Ablösung der früheren «Standesschule» mit ihren drei starren «Säulen» Primarschule, Sekundarschule und Gymnasium durch «Einheitsmittelschulen» mit verbesselter «Durchlässigkeit», d.h. mit besseren Übertrittschancen und einem Hinausschieben der Selektion und der Berufssentscheidung. Dadurch hofft man, die Begabtenreserven besser ausschöpfen und den «Spätreifern» gerechter werden zu können.

Von wohl entscheidender Bedeutung wäre aber natürlich die Koordination der Lehrmittel. Hier käme endlich die Gelegenheit, den in den Geschichts- und Lesebüchern niedergeschlagenen Ahnen- und Heroenkult zu revidie-

ren, da er auch in den Augen unserer Jugend längst unglaublich geworden ist. Er hat seine Aufgabe im Zeitalter des Nationalismus, des autarken Agrarstaats erfüllt. Aber seither hatten wir die industrielle Revolution, die wachsende europäische und weltweite Integration usw., und auch sozial machten wir einen enormen «Social change» vom Klassenstaat mit ständischer Geborgenheit zur pluralistischen Massengesellschaft durch. Unsere Schulbücher sollten den Blick von der Vergangenheit weg in die Zukunft lenken. Die «gute alte Zeit» war im Grunde noch brutaler, und nicht die Heroen der Kriegsgeschichte, sondern stille Erfinder und Entdecker der Kulturgeschichte haben wirklich bleibende, humanistische Werte geschaffen. Und Teilhard de Chardin hatte richtig erkannt: die Schöpfung ist noch lange nicht beendet, und vor allem lässt die eigentliche Menschwerdung auf sich warten! Diesen Evolutionsglauben müssen wir in unserer heute so ziellosen und daher so unruhigen Jugend wieder einpflanzen, einen unabirrlichen Zukunftsglauben (wie ich ihn immerhin bei der russischen Jugend fand).

Bekanntlich visierte nun die Erziehungsdirektoren-Konferenz diese interkantonale Schulkoordination in jenen drei äusseren Organisationsbereichen schon für das Jahr 1972 und empfahl den Kantonen rechtzeitige innere Anpassungen. Sonst müsste eben der Konkordatsweg beschritten werden, und falls auch dieser nicht zum Ziele führen sollte, käme, entsprechend der BGB-Initiative, schlussendlich doch der Bund zum Zuge – und der Traum des kühnen Bundesrats Stapfer vom «eidgenössischen Schulvogt» ginge sodann doch noch in Erfüllung.

Vielleicht werden wir auch schon in wenigen Jahren durch EWG oder UNO «von aussen» zu einer internationalen Schulkoordination genötigt werden, eine Perspektive, die von den «Europaschulen» ganz bewusst gepflegt wird.

---

*Die KPF muss in aller Offenheit erklären: der Sozialismus, den wir in Frankreich aufrichten wollen, ist nicht identisch mit dem Sozialismus, den Breschnjew der Tschechoslowakei aufgezwungen hat.*

Es ist notwendig, dass die KPF eine gründliche vergleichende Studie anstellt, eine wissenschaftliche Studie der verschiedenen Modelle des Sozialismus: des sowjetischen, des chinesischen, des jugoslawischen, des tschechoslowakischen Modells aus dem Prager Frühling. Auf der Basis gemeinsamer Grundsätze müssen wir *unser eigenes Modell* entwickeln, das mit keinem dieser Modelle gleichzusetzen ist, aber von allen Modellen lernen kann.

*Die französischen Kommunisten dürfen nicht schweigen über die tieferen Ursachen für die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei. Eine solche Konzession an die derzeitige Sowjetführung gefährdet die Zukunft des Sozialismus in Frankreich.*

Roger Garaudy im «Neuen Forum» (Heft 194/II)